

***Freiheit bewahren. Demokratie stärken.
Gemeinsam Verantwortung für Kunst und Kultur
in Deutschland tragen.***

Erklärung der Kulturministerinnen und Kulturminister, der Kultursenatorinnen und Kultursenatoren der Länder, des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie der Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände aus Anlass des Kulturpolitischen Spitzengesprächs am 14. Oktober 2026 in Berlin

Der kooperative Kulturföderalismus ist eine Erfolgsgeschichte und hat unterschiedliche politische Überzeugungen innerhalb des demokratischen Diskurses stets zusammengeführt. Seine konstitutiven Grundlagen sind die Freiheit der Kunst, die Eigenständigkeit kultureller Einrichtungen und die Verantwortung für eine offene, demokratische Gesellschaft. Sie bleiben auch in Zukunft nicht verhandelbar. Bund, Länder und Kommunen bekräftigten heute dieses rechtliche und politische Fundament ihrer gemeinsamen Kulturpolitik:

1. Die Freiheit der Kunst und die kulturelle Vielfalt verpflichten uns

Kunst ist frei. Das Grundgesetz gewährleistet den Schutz dieser Freiheit. Deshalb kann der Staat nicht die Inhalte des kulturellen Lebens bestimmen, sondern er ermöglicht ihre Produktion und Rezeption.

Dabei lebt unsere Kultur von Traditionen, historischen Prägungen, gesellschaftlichen Entwicklungen und vor allem ihrer Fähigkeit zur Erneuerung. Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Lebensweise gestalten sie gemeinsam. Internationaler Austausch bereichert sie. Wir bewahren das kulturelle Erbe und öffnen Räume für das Neue. Öffentliche Förderung dient der Ermöglichung kultureller Arbeit in all ihrer Vielfalt. Künstlerische Freiheit schützt auch das Unbequeme und den Widerspruch.

2. Kunst und Kultur brauchen verlässlichen Schutz

Kultureinrichtungen wie Theater, Orchester, Museen, Bibliotheken, Archive, Gedenkstätten, die freie Szene aller Sparten und die Künstlerinnen und Künstler brauchen fachliche Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und verlässliche Rahmenbedingungen für ihre Programme, ihre künstlerische und wissenschaftliche Arbeit und ihre gesellschaftliche Rolle. Bund, Länder und Kommunen schaffen diese Rahmenbedingungen innerhalb ihrer jeweiligen Zuständigkeit. Die Unabhängigkeit der kulturellen Einrichtungen bleibt dabei stets gewahrt.

3. Erinnerung begründet Verantwortung

Deutschland trägt bleibende Verantwortung für die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ihren Verbrechen. Wir tragen auch Verantwortung für die Aufarbeitung des Unrechts der SED-Diktatur. Sie erstreckt sich auch auf die Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus. Wir schützen die Unabhängigkeit der Einrichtungen, die dieses Wissen bewahren und vermitteln.

Antisemitismus, Rassismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der Verharmlosung historischen Unrechts treten wir entschieden entgegen.

4. Geschichte weiterdenken in die Zukunft

Das kulturelle Erbe unseres Landes ist ein wertvoller Schatz, den es zu bewahren gilt. Wir sind ein Kulturland und verfügen über ein dichtes Netz an Kulturorten. Sie sind seit jeher Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und prägen das kulturelle Selbstverständnis unseres Landes. Auf diesem historisch gewachsenen Fundament erwächst Mut zu Innovation und Vision für die Zukunft. Die Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz bergen Chancen wie Risiken für die künstlerische Arbeit und das kulturelle Leben. Wir wollen sie verantwortungsvoll und auf Basis unserer demokratischen Werte gestalten.

5. Föderale Vielfalt braucht Zusammenarbeit

Die Kulturhoheit der Länder bildet das Fundament unseres Kulturföderalismus. Auf dieser Grundlage übernehmen Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten Verantwortung und ermöglichen gemeinsam herausragende kulturelle Leistungen. Diese Zusammenarbeit schützt Kultureinrichtungen in ihrer Arbeit im verfassungsrechtlichen Rahmen. Kooperativer Kulturföderalismus lebt von Verständigung. Wir werden auch in Zukunft erfolgreich gemeinsame Entscheidungen und verlässliches Handeln gewährleisten.

Zum Abschluss unserer heutigen Sitzung bekräftigen wir gemeinsam:

Wir bewahren die Freiheit der Kunst, stärken die Vielfalt der Kultur und tragen gemeinsam Verantwortung für eine offene, demokratische Gesellschaft.